

Arbeitsgruppe Anerkennung

- Gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V.

c/o Rechtsanwalt Dr. Bernd Münnich
Marsstr. 14 b
München

Pressemitteilung

Der 24. April 2004 in Berlin

Hunderte demonstrierten

Zur sofortigen Freigabe

27. April 2004

Berlin. — Vom 23. bis 26. April fanden in Deutschland zahlreiche Lesungen und Vorträge zum Gedenken an die Opfer des türkischen Völkermordes von 1915 statt, darunter auch in den Großstädten Bremen, Frankfurt/Main sowie Berlin, wo am 23. April ein Gedenkabend unter mit Lyriklesungen und Gesangsdarbietungen den Veranstaltungszyklus des *Organisationskomitees* „*Mit einer Stimme sprechen!*“ eröffnete. Sona Eypper, die Vorsitzende des Vereins der armenischen Kirche zu Berlin, erläuterte in ihrer Eröffnungsansprache:

„Auch fast 90 Jahre nach dem Genozid müssen Armenier, Aramäer und Griechen um die internationale Anerkennung dieses Verbrechens als Völkermord kämpfen. Ein historisches Ereignis, das paradoxerweise wie ein „offenes Geheimnis“ behandelt wird. Alle wissen es, keiner aber möchte es öffentlich zugeben oder das schreckliche G-Wort – Genozid – in den Mund nehmen. Ich frage mich: Was wird bestritten? Worum geht es denn? Geht es um die Zahl der Opfer? Geht es um die Vorsätzlichkeit der Tat? Soll der Begriff ‚Völkermord‘ neu definiert werden? Oder geht es vielmehr um die Feigheit der Täter und ihrer Helfer? Verfolgt man hierzulande die Debatten in den Kommissionen des Bundestages, so wird die Bedeutung des Begriffs ‚Feigheit‘ konkreter. Vorangetrieben durch Deutschland, soll die Türkei als Mitglied der Europäischen Union aufgenommen werden. Eine Auseinandersetzung mit diesem Thema würde den Rahmen eines Eröffnungswortes sprengen. Ich möchte Ihnen hierzu nur einen Gedanken weitergeben. Das Leugnen des Völkermords an den Armeniern ist in Frankreich strafbar. Dagegen ist das Anerkennen dieses Ereignisses in der Türkei strafbar. Es wird sicherlich sehr spannend sein zu beobachten, wie man uns dann erklären wird, dass ein und das selbe Ereignis in zwei EU-Mitgliedsländern derart konträr be- und verurteilt wird. (...) Wir haben diese Kulturveranstaltung unter das Motto ‚...Gekommen, um zu knien‘ gestellt. Die Kultur ist das Erbe, das uns die stimmlosen Opfer als Vermächtnis hinterlassen haben. Wir knien in Erfurcht vor diesen Märtyrern. Wir gedenken ihrer und danken ihnen für ihren Mut, zu ihrem Glauben und ihrer Identität zu stehen.“

Am 24. April beteiligten sich bis zu 500 Personen an einer von Dr. Gerayer Koutcharian (*Arbeitsgruppe Anerkennung*) angemeldeten und organisierten Demonstration. Sie führte über einer der Hauptmagistralen Berlins, dem Kurfürstendamm, bis zu jener Stelle an der Hardenbergstraße, wo 1921 Soromon Tehlirjan den von einem türkischen Gericht zum Tode verurteilten ehemaligen Innenminister Talaat Pascha erschoss. Unter den Demonstrationsteilnehmern

befanden sich überwiegend Armenier, Aramäer bzw. Assyrer sowie Griechen. Eine türkische Teilnehmerin trug ein Plakat mit der Aufschrift: „Verantwortung muss getragen werden!“

In seiner auf Türkisch gehaltenen Ansprache vor dem Generalkonsulat der Republik Türkei erklärte ein aramäischer Sprecher des Organisationskomitees „Mit einer Stimme sprechen!“, „Der Genozid an mindestens drei Millionen Armeniern, Aramäern bzw. Assyrern sowie Griechen bildet das Gründungsverbrechen der Republik Türkei. Alle Opfer waren osmanische Staatsbürger und somit Angehörige des mörderischen türkischen Staates. Und sie waren Christen. Das reichte, um sie als angebliche innere Feinde, als Verräter, Spione usw. abzustempeln.“

Vor dem Ersten Weltkrieg lebten über fünf Millionen Christen in der damaligen Türkei - ein Viertel der Bevölkerung. Wer in den Jahren 1912 bis 1922 nicht ermordet wurde, wurde vertrieben. Die auf den Knochen ihrer christlichen Bürger errichtete Republik Türkei bürgerte die Vertriebenen oder Geflüchteten aus. Seither ist die 'moderne Türkei' so gut wie christenfrei - ein monoethnischer Staat, in dem nur noch 0,15 Prozent der Bevölkerung Christen sind.

Zeigt dieser Staat wenigstens nach fast 90 Jahren Reue für die Verbrechen der Gründungsväter? Befolgt er auf seinem Weg nach Europa die Beschlüsse des Europäischen Parlaments und hat er wenigstens den an anderthalb Millionen Armeniern begangenen Völkermord als historische Tatsache anerkannt?

Nein. Im Gegenteil. Dieser Staat opfert Millionen für die Leugnung früherer Verbrechen. In den Jahren 2002 und 2003 ordnete der türkische Erziehungsminister Dr. Hüseyin Celik eine Reihe von Massnahmen im Erziehungsbereich an, die auf die aktive Leugnung der an Armeniern, Syrern und Griechen begangenen Verbrechen hinauslaufen. (...) Auf das Konto dieses Ministers geht auch die Hetze in den Neuauflagen türkischer Schulgeschichtsbücher. Darin werden Armenier, Pontos-Griechen und Syrisch-Orthodoxe wiederholt als 'Feinde', 'Spione', 'Verräter' und 'Barbaren' bezeichnet. Synagogen, Kirchen sowie Schulen von Minderheiten werden in aktuellen türkischen Schulbüchern als 'schädliche Gemeinden' bezeichnet. Die Institution Kirche wird mit 'Terror' gleichgesetzt.

Das ist das Vokabular der Völkermörder der *İttihat ve Terakki* sowie ihrer kemalistischen Erben. Es ist diese Ausgrenzung, diese sprachliche Ausbürgerung, die fortgesetzt Hass unter der türkisch-muslimischen Mehrheitsbevölkerung der Türkei gegen Andersgläubige und Andersethnische sät. Und es ist einer Gründe, warum die Türkei sich für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft disqualifiziert. Denn wenn Europa seine eigenen Massstäbe und Werte ernst nimmt, kann es in seiner Mitte keinen Staat dulden, der unfähig und unwillens ist, sich mit seiner kriminellen Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Die Leugnung oder das Verharmlosen von Völkermord gelten in der Genozidforschung als letzte Etappe und Bestandteil dieses größten aller denkbaren Verbrechen. Die Türkei macht sich fortgesetzt dieses Verbrechens schuldig. Wir, die Nachfahren der Überlebenden des Völkermords, sind an diesem Gedenktag zusammengekommen, um gegen die uns fortgesetzt zugefügten Schmerzen zu protestieren.“

Ein griechischer Sprecher erinnerte daran, dass zeitgleich in Zypern das Referendum über den Plan der Vereinten Nationen zur Aufhebung der Teilung der Insel stattfindet. Dieser Plan begünstigt einseitig die türkische Seite. Angesichts des internationalen Drucks auf Zypern sei der dortigen Bevölkerung Standhaftigkeit bei ihrer ablehnenden Haltung zu wünschen. Andernfalls gelange die Türkei über Zypern in die Europäische Union. Solche Äußerungen fanden

selbst bei Angehörigen der Polizeikräfte Zustimmung. „Wäre ich nicht im Dienst“, sagte einer der zur Begleitung der Demonstration abgestellten Polizisten, „dann wäre ich mit euch auf der Straße!“

Am Abend nahmen zahlreiche Demonstranten an einem von der Armenischen Kirchengemeinde Berlins organisierten Ökumenischen Gedenkgottesdienst teil. In bewegenden Worten erklärte Gemeindepfarrer Wardapet Serowbe Issachanjan, dass die Erinnerung an die Opfer des 24. April 1915 auch nach Jahrzehnten nicht verblasst sei, da sie als Märtyrer unsterblich sind. Pfarrer Serowbe rief zu einer Kollekte für die Familie des Mordopfers Gurgen Markarjan auf, der in Armenien eine Witwe und zwei kleine Kinder hinterließ. In aserbeidschanschen Kreisen Berlins erfolgen Sammlungen für den Mörder Markarjans, Ramil Dschafarow.